

Bezugspreis: Vierteljahr 16,50 Mk., monatlich 5,50 Mk. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Komposition ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Sonntabend, den 28. Februar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Wilson an den Obersten Rat.

Paris, 28. Februar. (WTB.) Die Note des Präsidenten Wilson vom 25. Februar beharrt auf der Stellungnahme, die Wilson früher den Beschlüssen des englischen und des französischen Ministerpräsidenten gegenüber eingenommen hat.

Ratifikation und Adriafrage.

Paris, 27. Februar. Berlin gibt im „Echo de Paris“ einige Punkte wieder, die in der Versammlung des Obersten Rates zur Erörterung kamen.

Washington, 27. Februar. Der Senat hat neuerdings fast einstimmig den Vorbehalt zu den Bestimmungen des Friedensvertrages über die Ausführung der Mandate angenommen.

Alban, 27. Februar. (Reuter.) Der demokratische Staatskonvent hat ein Parteiprogramm angenommen, in dem er sich für die sofortige Ratifikation des Friedensvertrages ohne „destruktive“ Vorbehalte, für Regelung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit zwecks Beendigung von Ausständen und Ausparierungen, sowie für baldige Aufhebung des Alkoholverbotes erklärt.

Abkauen des französischen Eisenbahnerstreiks?

Paris, 27. Februar. Laut Havadmeldung ist im Eisenbahnerstreik seit Mittag auf den Nord- und Ostbahnen eine Entspannung bemerkbar.

Paris, 27. Februar. Laut Havadmeldung genehmigte die Kammer den Gesetzentwurf über Requisitionierung von Automobilen im Falle eines Verkehrsstreiks.

Russlands Marsch zum Frieden.

Annapolis, 27. Februar. (Junkspruch.) Die Volkswirtschaften melden brüchlos, daß das weiße Heer des Generals Tolstoj nach der Niederlage bei Gurjew in vollständiger Auflösung in der Richtung auf das Kaspiische Meer getrieben sei.

Prag, 28. Februar. (WTB.) Die Wiener Blätter veröffentlichen eine Note, welche der russische Volkskommissar für Außerer Tschechien an das tschecho-slowakische Ministerium des Äußeren gerichtet hat.

Frankreich und die Internationale.

Strasbourg, 27. Februar. (Cavas.) Die am Donnerstag vom Sozialistkongreß ernannte Kommission bemüht sich, eine Erklärung aufzugeben, die eine möglichst große Zahl der Delegierten befriedigen würde.

Anhänger der Wiedererrichtung der Internationale (Schattierung Konguet) in schwacher Mehrheit. Sie stimmen dem sofortigen Anschluß an die Moskauer Internationale zu.

Einigung in der Reichseisenbahnfrage.

Karlsruhe, 27. Februar. (WTB.) Die Verhandlungen der Länder mit Staatsbahnbetrieb wegen des Ueberganges der Staats-Eisenbahnen an das Reich zum 1. April 1920 haben in den letzten Tagen zu einer Einigung über die Fassung des Vertragentwurfs geführt.

In der Frage der Festsetzung der Abfindungssumme läßt der Vertragentwurf den Ländern eine gewisse Wahl. Sobald der Wortlaut des Vertragentwurfs vorliegt, was in diesen Tagen der Fall sein wird, geht er dem Landtag zu.

Gleichzeitig soll nochmals der Eisenbahnrat gehört werden, der zu diesem Zweck durch hervorragende Sachverständige auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens sowie durch weitere Vertreter von Industrie, Gewerbe, Handel, Landwirtschaft, Städten, Gemeinden usw. verstärkt werden soll.

250 000 Kriegsgefangene zurückgeführt.

Wie die Reichsstelle für Kriegs- und Zivilgefangene mitteilt, sind bis zum heutigen Tage 250 000 Kriegsgefangene aus Frankreich und Belgien in die Heimat zurückgeführt.

Telegrammzensur in Oberschlesien.

Oppeln, 28. Februar. (TU.) Die internationalisierte Kommission hat, wie gemeldet, die Telegrammzensur für Oberschlesien angeordnet. Sie hat aber inzwischen eine bedeutende Milderung erfahren.

Die Abfindungsfrage.

Durch verschiedene Blätter geht die Nachricht, daß die sozialdemokratischen Fraktionen der National- wie der Landesversammlung dem vorgeschlagenen Vergleich zwischen Preußen und der Hohenzollernfamilie ablehnend gegenüberstehen.

Bergarbeiterfiedlung.

Um die großen und volkswirtschaftlich hochbedeutenden Aufgaben der Beschaffung von Bergmannswohnstätten im rheinisch-westfälischen Ruhrkohlenbezirk, soweit die Landesregierung an ihnen beteiligt ist, einer beschleunigten Lösung entgegenzuführen, hat der Minister für Volkswirtschaft einstweilen einen Kommissar nach Essen entsandt.

Der Sinn des Caillauxprozesses.

Man könnte sich auf den Standpunkt stellen, daß der Prozeß gegen Caillaux uns eigentlich nichts angeht und daß wir uns, zumal in unserer gegenwärtigen Lage, mit wichtigeren Dingen zu befassen haben.

In diesem besonderen Falle paart sich aber auch die allgemeine Frage der reinen Menschlichkeit und Gerechtigkeit mit einem der wichtigsten Probleme der Zukunft, nämlich mit der Erreichung einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich.

Denn der Fall Caillaux ist vor allem die Tragödie der durch den Ausbruch des Weltkrieges gescheiterten Versöhnung zwischen den beiden Nachbarvölkern.

In Wirklichkeit aber handelt es sich um die politische Politik, welche Caillaux in der Agadirzeit, im Sommer 1911, verfolgt hat und die in den Augen aller seiner politischen Gegner, vom Präsidenten Poincaré bis zum Sozialistenführer Léon Daudet als ein Staatsverbrechen galt und gelten mußte.

Unter Führung von Caillaux war im Winter 1914 die radikale Partei zu einer geschlossenen Kampfformation gegen die chauvinistische Politik Poincarés, Barthous und Millerands geworden; als solche und durch ein verständiges Wahlbündnis mit den Sozialisten hatte sie bei den Wahlen im Mai einen glänzenden Sieg davongetragen.

Ist es nun ein Wunder, daß er unter diesen Umständen auch nach dem Ausbruch des Krieges in den Augen der deutschen politischen Kreise der Mann blieb, auf den sich alle Blide konzentrierten, als man die französische Nation sich immer unrettbarer in die Sackgasse des wüsten Deutschenhasses und des Krieges bis-ans-Ende verrennen sah.

Und daraus soll Caillaux von seinen Landsleuten ein Verbrechen gemacht werden? Weil man in Paris erfahren hat, daß deutsche Regierungskreise den Redaktionen nahegelegt hatten, von Caillaux mit Zurückhaltung zu sprechen, ihn





